



Mehr Geld für Bildung: In einer langen Schlange zogen die PV-Teilnehmer zur Bibliothek nach Gröpelingen.

## Personalversammlung fordert Bürgerschaft zum Handeln auf

2000 Schulbeschäftigte im Pier 2. Danach ging es zur Kundgebung nach Gröpelingen

■ Die mit knapp zweitausend Teilnehmer\*innen sehr gut besuchte Personalversammlung (PV) der Beschäftigten an Bremer Schulen am 22. Mai im Pier 2 hat eindrucksvoll die Forderungen des Bremer Bündnisses für Bildung unterstrichen und sich diesen angeschlossen. Die PV forderte die Bürgerschaftsfraktionen auf, die von mehr als 5.000 Menschen unterzeichnete Petition des Bündnisses »Vorfahrt für Bildung« in der Bürgerschaft zu behandeln. Anschaulich und eindringlich wurde in vielen Beiträgen aus Sicht verschiedener Berufsgruppen die katastrophale Situation an den Schulen beschrieben und eine deutliche Erhöhung des Bildungshaushaltes gefordert. Beiträge von Vertreter\*innen des ZentralElternBeirats (ZEB) und der Gesamtschüler\*innen-Vertretung (GSV) verdeutlichten die Kritik an der strukturellen Unterfinanzierung des Bremer Bildungswesens. Die PV schloss sich auch den Forderungen

nach angemessenen Ressourcen für die ReBUZ und nach Übernahme aller Leiharbeiter\*innen der Stadtteilschule an.

### **Demonstration in Gröpelingen**

Eine große Anzahl der Teilnehmer\*innen nahm anschließend an der Demo und Kundgebung des Bremer Bündnisses für Bildung in Gröpelingen teil, um die Forderung nach jährlich 182 Millionen Euro mehr zu unterstützen – soviel müsste Bremen mehr in die Bildung stecken, um mit Hamburg gleichzuziehen. Auf der Kundgebung machten die Redner\*innen klar, dass sich das Bremer Bündnis für Bildung weiterhin in die öffentliche Diskussion über den kommenden Bildungshaushalt einmischen wird. Noch vor den Sommerferien ist eine Aktion zur Übergabe der Petitionsunterschriften an die Bürgerschaft geplant, um eine Debatte in der Bürgerschaft zu erreichen. Nach den Ferien wird es darauf ankommen, bei den anstehenden Lesungen des Doppelhaushaltes



Mehr Personal für die Inklusion: Viele Demonstranten forderten eine bessere Ausstattung.

2018/2019 in der Bürgerschaft nochmal zu verdeutlichen, dass eine massive Erhöhung des Bildungshaushaltes notwendig ist, wenn das Bremer Schulwesen seinem öffentlichen Auftrag und den Erwartungen der Schüler\*innen, Eltern und Beschäftigten gerecht werden will. Ein »Weiter so« führt vom jetzigen Bildungsnotstand direkt in die Bildungskatastrophe.